

Inhaltsübersicht

Einleitung	23
Erster Teil	
Vorbereitende Untersuchungen	25
§ 1 Die derzeitige Anwendung des Gefahrenabwehrrechts im Rahmen der Absicherung von Staatsbesuchen sowie möglicher Inhalt und potentielle Relevanz eventueller völkerrechtlicher Schutzpflichten	27
A. Der mögliche Inhalt völkerrechtlicher Schutzpflichten und deren potentielle Relevanz für die Anwendung des Gefahrenabwehrrechts im Allgemeinen.....	28
B. Die möglichen Auswirkungen der Anwendung völkerrechtlicher Schutzpflichten an Hand von Beispielsfällen.....	33
C. Zusammenfassung.....	48
§ 2 Der Begriff des Staatsbesuchs und seine Verwendung in der vorliegenden Arbeit	51
A. Verwendungen und Verwendungszusammenhänge außerhalb der Rechtswissenschaften.....	51
B. Juristische Ansatzpunkte für eine Definition des Begriffs des Staatsbesuchs...	54
C. Die Verwendung des Begriffs des Staatsbesuches in der vorliegenden Arbeit .	67
§ 3 Gegenstand und Gang der Untersuchung	73
Zweiter Teil	
Der Anwendungsbereich von den Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD entsprechenden völkerrechtlichen Schutzpflichten	77
§ 1 Völkertragliche Schutzpflichten	79
A. Die Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen	79
B. Regelungen im Bereich der nichtständigen Diplomatie.....	79

C. Das Wiener Übereinkommen über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu zwischenstaatlichen Organisationen universellen Charakters	80
D. Einzelfallbezogene Vereinbarungen	81
E. Die Diplomatenschutzkonvention	82
F. Ergebnis.....	119
§ 2 Völker gewohnheitsrechtliche Schutzpflichten	121
A. Vorbereitende Untersuchungen	121
B. Der Schutz von Staatsbesuchen in der Staatenpraxis.....	143
C. Indizien für das Bestehen völker gewohnheitsrechtlicher Schutzpflichten.....	161
D. Zusammenfassende Analyse	193
E. Ergebnis.....	197
§ 3 Allgemeine Rechtsgrundsätze	199
A. Die Rechtslage auf Grund des Gefahrenabwehrrechts des Bundes und der Länder und die auf den Schutz der Staatenvertreter bezogenen Vorschriften des Auslandes	200
B. Bewertung der vorge fundenen Rechtsnormen	201
C. Ergebnis.....	201
§ 4 Zusammenfassung.....	203

Dritter Teil

Der Inhalt der den Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD entsprechenden völkerrechtlichen Schutzpflichten	205
--	------------

§ 1 Der Inhalt des Würdeschutzes	207
A. Auslegung auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck	208
B. Die Praxis des Würdeschutzes in den zwischenstaatlichen Beziehungen.....	210
C. Rechtsprechung und Schrifttum	215
D. Entstehungsgeschichte und Systematik der einschlägigen Konventionen.....	227

E. Eigene Stellungnahme	229
F. Ergebnis.....	231
§ 2 Die Verpflichtung zu besonderen Schutzmaßnahmen	233
A. Auslegung auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck	233
B. Die Staatenpraxis.....	234
C. Rechtsprechung und Schrifttum	238
D. Die Entstehungsgeschichte der einschlägigen Konventionen.....	242
E. Analyse.....	244
§ 3 Ergebnis	251
Thesen	253
Literaturverzeichnis	255
Verzeichnis der zitierten völkerrechtlichen Verträge bzw. Konventionen.....	265

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	23
Erster Teil	
Vorbereitende Untersuchungen	25
§ 1 Die derzeitige Anwendung des Gefahrenabwehrrechts im Rahmen der Absicherung von Staatsbesuchen sowie möglicher Inhalt und potentielle Relevanz eventueller völkerrechtlicher Schutzpflichten	27
A. Der mögliche Inhalt völkerrechtlicher Schutzpflichten und deren potentielle Relevanz für die Anwendung des Gefahrenabwehrrechts im Allgemeinen.....	28
I. Völkerrechtliche Schutzpflichten als Grundlage einer Erweiterung der vom Begriff der öffentlichen Sicherheit umfassten Rechtsgüter.....	29
II. Auswirkungen völkerrechtlicher Schutzpflichten auf die Eingriffsschwelle.....	31
III. Zusammenfassung	32
B. Die möglichen Auswirkungen der Anwendung völkerrechtlicher Schutzpflichten an Hand von Beispielsfällen.....	33
I. Verbot einer Mahnwache vor dem Elternhaus des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, anlässlich seines Staatsbesuches am 10.09.1987	33
1. Die gerichtlichen Entscheidungen	33
2. Gemeinsame Analyse der Entscheidungen	34
3. Die potentielle Auswirkung völkerrechtlicher Vorschriften	36
II. Der Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng am 07.07.1994 in Weimar	36
1. Das Verbot einer Mahnwache auf dem Marktplatz.....	37
2. Der Abbruch des Besuchs auf Grund von Protesten von der Pressetribüne.....	38
III. Verbot eines Sternmarschs nach Heiligendamm für den 07.06.2007 anlässlich des dortigen G-8-Gipfels	38
1. Der Sachverhalt.....	40
2. Die Bewertung der Verbotsverfügungen durch die Gerichte	42
a) Die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes	42
b) Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 06.06.2007....	43

c) Das Urteil des VG Schwerin vom 19.01.2011	44
3. Gemeinsame Analyse der Entscheidungen	45
a) Die These von der Erschütterung der ursprünglichen Gefahrenprognose	45
b) Die fehlende Differenzierung zwischen Verbot und Auflagenerteilung	46
c) Zwischenergebnis	47
4. Die potentielle Auswirkung völkerrechtlicher Vorschriften	48
C. Zusammenfassung	48

§ 2 Der Begriff des Staatsbesuchs und seine Verwendung in der vorliegenden Arbeit

A. Verwendungen und Verwendungszusammenhänge außerhalb der Rechtswissenschaften	51
I. Die Verwendung des Begriffs des Staatsbesuchs im allgemeinen Sprachgebrauch	51
II. Begriffsverwendungen in der protokollarischen und polizeilichen Praxis	52
III. Die Verwendung des Begriffs in der Politikwissenschaft	53
B. Juristische Ansatzpunkte für eine Definition des Begriffs des Staatsbesuchs	54
I. Der Begriff des Staatsbesuchs auf nationalstaatlicher Ebene	55
1. Völkerrechtliche Regelungen	55
2. Staatsorganisationsrecht der Bundesrepublik	57
3. Zwischenergebnis	57
II. Staatsbesuch und zwischenstaatliche Organisationen	58
1. Die grundsätzliche Einbeziehung zwischenstaatlicher Organisationen in den Begriff des Staatsbesuchs	58
a) Der Begriff des Staatsbesuches als begriffliche Grenze für die Einbeziehung zwischenstaatlicher Organisationen	58
b) Die Aufgaben zwischenstaatlicher Organisationen und ihre völkerrechtliche Stellung	59
c) Zwischenergebnis	60
2. Ansatzpunkte für eine Begrenzung des Kreises einzubeziehender Vertreter zwischenstaatlicher Organisationen	60
3. Zwischenergebnis	61
III. Die Einordnung der Besuche von und bei Vertretern der Bundesländer	61
IV. Staatsbesuche von und bei sonstigen Amtsträgern, insbesondere Vertretern von Selbstverwaltungskörperschaften	63
V. Staatsbesuche von und bei Privaten bzw. Vertretern nichtstaatlicher Organisationen?	65

VI. Zusammenfassung	67
C. Die Verwendung des Begriffs des Staatsbesuches in der vorliegenden Arbeit	67
I. Besuche von und bei Staatenvertretern	68
II. Besuche von bzw. bei Vertretern zwischenstaatlicher Organisationen	69
III. Besuche von und bei Privaten	70
IV. Zusammenfassung	71
§ 3 Gegenstand und Gang der Untersuchung	73

Zweiter Teil

Der Anwendungsbereich von den Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD entsprechenden völkerrechtlichen Schutzpflichten 77

§ 1 Völkervertragliche Schutzpflichten	79
A. Die Wiener Übereinkommen über diplomatische und konsularische Beziehungen	79
B. Regelungen im Bereich der nichtständigen Diplomatie	79
I. Die Havanna-Konvention	79
II. Die Konvention über Spezialmissionen	80
C. Das Wiener Übereinkommen über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu zwischenstaatlichen Organisationen universellen Charakters	80
D. Einzelfallbezogene Vereinbarungen	81
I. Protokollvereinbarungen	81
II. Sonderbestimmungen für internationale Konferenzen am Beispiel der Wiener Diplomatischen Konferenz 1961	81
E. Die Diplomatenschutzkonvention	82
I. Auslegung des Art. 4 lit. a DSK auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck, Art. 31 Abs. 1 WVÜ	82
1. Der Wortlaut der Vorschrift	82
2. Der Normzusammenhang	84
3. Der Normzweck	85
4. Zwischenergebnis	85
II. Sicherheitsmaßnahmen im Rahmen von Staatsbesuchen als Ausdruck der praktischen Anwendung der Vorschrift i.S.v. Art. 31 Abs. 3 lit. b WVÜ	85

1. Darstellung weiterer Einzelfälle der Praxis in der Bundesrepublik.....	86
a) Ausländerrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch des iranischen Kaiserpaars im Mai 1967	86
aa) Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 01.07.1975	86
bb) Die Entscheidung des VGH Mannheim vom 14.07.1969	88
b) Ausländerrechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch des türkischen Staatspräsidenten Evren im Oktober 1988 ..	89
aa) Die Entscheidung des VGH Mannheim vom 01.08.1990	89
bb) Die Entscheidungen des VG München	90
c) Wegnahme einer Trillerpfeife anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels am 06.07.1992 in München.....	90
d) Die Verdeckung einer Mahnwache anlässlich des Besuches des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin in München am 15.07.1995.....	91
e) Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch des Staatspräsidenten der islamischen Republik Iran, Mohammed Chatami, im Juli 2000 in Berlin und Weimar.....	92
f) Polizeiliche Gefährderanschreiben zum EU-Gipfel vom 13. bis 15.12.2001 in Brüssel.....	93
g) Verbot einer Mahnwache anlässlich des Besuches des Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, am 22. und 23.05.2002 in Berlin.....	94
h) Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, am 23.02.2005 in Mainz.....	95
i) Versammlungsverbote anlässlich des Besuchs des Präsidenten der Vereinigten Staaten, George W. Bush, am 13.07.2006 in Stralsund.....	96
j) Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem G-8-Gipfel vom 06. bis 08.06.2007 in Heiligendamm	98
aa) Sicherheitsüberprüfungen im Rahmen des Akkreditierungsverfahrens für Journalisten im Vorfeld des G-8-Gipfels in Heiligendamm.....	99
(1) VG Berlin vom 06.06.2007	99
(2) VG Köln vom 15.01.2009	100
(3) OVG Berlin-Brandenburg vom 22.06.2011	100
bb) Weitere Versammlungsverbote	101
(1) Mahnwache an der technischen Sperre	101
(2) Kundgebungen am Flughafen Rostock-Laage	102
cc) Ingewahrsamnahmen zum Zwecke der Gefahrenabwehr	103
(1) Die Entscheidungen des OLG Rostock im Überblick.....	103

(2) Schwabe and M. G. v. Germany	104
k) Übermittlung polizeilicher Erkenntnisse durch das BKA an die NATO im Rahmen der Akkreditierung von Journalisten für den NATO-Gipfel am 03. und 04.04.2009	105
l) Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Besuch von Papst Benedikt XVI. vom 22. bis 25.09.2012 in der Bundesrepublik	107
2. Gemeinsame Analyse.....	108
III. Das Verhältnis des Art. 4 lit. a DSK zu den bestehenden völkerrechtlichen Schutzpflichten am Beispiel des Art. 29 Satz 3 WÜD ..	109
IV. Entstehungsgeschichte und Rezeption der Diplomatenschutzkonvention als Hilfsmittel der weiteren Auslegung entsprechend Art. 32 WVÜ.....	110
1. Die Entstehungsgeschichte der Diplomatenschutzkonvention	111
2. Das Zustimmungsgesetz zur Diplomatenschutzkonvention vom 26.10.1976	113
3. Die Rezeption der Diplomatenschutzkonvention in Schriftum und Rechtsprechung.....	114
a) Die Entscheidungen des IGH in Sachen United States Diplomatic and Consular Staff in Tehran.....	114
b) Die Rezeption der Diplomatenschutzkonvention im Schriftum	115
4. Zwischenergebnis	117
V. Eigene Stellungnahme	117
F. Ergebnis.....	119
§ 2 Völker gewohnheitsrechtliche Schutzpflichten	121
A. Vorbereitende Untersuchungen	121
I. Begrifflichkeiten, Rechtsinstitute und Theorien im Zusammenhang mit dem völkerrechtlichen Status der Missionen und Gesandten und ihre Bedeutung für die Herleitung völker gewohnheitsrechtlicher Schutzpflichten	123
1. Die Bedeutung des Begriffs der Unverletzlichkeit.....	123
a) Die tatsächliche Verwendung des Begriffs.....	123
aa) Schriftum	123
bb) Die Verwendung des Begriffs in der Rechtsprechung des IGH.....	125
cc) Die Verwendung des Begriffs im Rahmen der Berichterstattung zur Frage des Schutzes der diplomatischen und konsularischen Vertretungen	126
b) Weitere Auslegungsgesichtspunkte	126

aa) Regelungssystematik und Gegenstände der einschlägigen völkerrechtlichen Konventionen	126
bb) Der Begriff der Unverletzlichkeit im rechtshistorischen Kontext	128
cc) Exterritorialität, Repräsentationstheorie und Theorie der funktionalen Notwendigkeit als Grundlagen des völkerrechtlichen Status' der Missionen und Gesandten	129
c) Eigene Stellungnahme und Folgerungen für die weitere Untersuchung	131
2. Die Bedeutung der im Zusammenhang mit dem völkerrechtlichen Status der Missionen und Gesandten verwendeten Begriffe, der diesbezüglichen Rechtsinstitute sowie der diesen zu Grunde liegenden Theorien für die Herleitung völkerrechtlicher Schutzpflichten.....	132
a) Die Bedeutung der Begriffe	132
b) Die Bedeutung der zugehörigen Rechtsinstitute	132
c) Die Bedeutung der Theorien	133
d) Zwischenergebnis.....	133
II. Das Verhältnis zwischen besonderen Schutzpflichten gegenüber ausländischen Amtsträgern und allgemeinen völkerrechtlichen Schutzpflichten gegenüber Ausländern	134
1. Freundschaftsverträge und völkerrechtliches Fremdenrecht bzw. „Minimum Standards“	135
2. Konsularischer Beistand und diplomatischer Schutz.....	136
3. Ergebnis	137
III. Die These von der (völker)gewohnheitsrechtlichen Geltung bzw. Anwendung der Konvention über Spezialmissionen	137
1. Geltung auf Grund konkludenten Beitritts?.....	137
2. Geltung auf Grund völker gewohnheitsrechtlicher Verweisungsnorm?.....	139
3. Eigene Interpretation.....	139
4. Ergebnis	140
IV. Die Kontinuität der Verwendung von Sondergesandten als Grundlage der Fortgeltung der in Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD kodifizierten völkerrechtlichen Schutzpflichten	140
V. Zusammenfassung	142
B. Der Schutz von Staatsbesuchen in der Staatenpraxis.....	143
I. Staatenpraxis auf internationaler Ebene	143
1. Die Berichterstattung des UN-Generalsekretärs als Grundlage der Ableitung einer allgemeinen Staatenpraxis	143

2. Die Rechtsprechung des IGH und die ihr zu Grunde liegenden Sachverhalte als Grundlage der Ableitung einer allgemeinen Staatenpraxis	144
3. Stellungnahmen von Staatenvertretern als Ausdruck bzw. Beleg einer Staatenpraxis.....	145
a) Die Staatenumfrage von Waters 1958.....	145
b) Stellungnahmen im Zusammenhang mit der Entstehung von der Konvention über Spezialmissionen und der Diplomatenschutzkonvention.....	147
c) Stellungnahmen zur Konvention über Spezialmissionen auf die Umfrage von Quarch.....	148
d) Zusammenfassende Analyse	149
4. Zwischenergebnis	149
II. Die Praxis der Bundesrepublik und des Auslands an Hand ausgewählter Beispiele	150
1. Die Praxis der Bundesrepublik als Ausdruck einer auf völkerrechtlicher Rechtsüberzeugung beruhenden Übung	150
2. Die österreichische Praxis am Beispiel der Versammlungsverbote anlässlich des Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng im Juli 1994 in Wien.....	150
a) Sachverhalt und Entscheidungen	150
b) Folgerungen für die Herleitung einer von Rechtsüberzeugung getragenen Staatenpraxis.....	151
c) Zwischenergebnis.....	152
3. Die Praxis weiterer ausländischer Staaten an Hand gesetzlicher Vorschriften.....	152
a) Vorschriften in den Vereinigten Staaten	153
aa) Die Strafvorschriften der 18 U.S.C. §§ 112, 1116.....	153
(1) Der Inhalt der Vorschriften	153
(2) Die völkerrechtliche Grundlegung der Vorschriften.....	153
(2) Zwischenergebnis	154
bb) Die Vorschrift des D.C. Code § 22-1315.....	154
b) Die britischen Vorschriften.....	155
c) Der irische Diplomatic Relations and Immunities Act, 1967	157
d) Der südafrikanische Diplomatic Immunities and Privileges Act, 2001	157
e) Die australischen Vorschriften	158
f) Die finnischen Vorschriften über die Privilegien und Immunitäten internationaler Konferenzen und Spezialmissionen.....	159
g) Die Vorschriften des österreichischen Sicherheitspolizeigesetzes ..	160
h) Zwischenergebnis.....	160
4. Zusammenfassung	161

C. Indizien für das Bestehen völkergewohnheitsrechtlicher Schutzpflichten.....	161
I. Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister.....	162
II. Der völkerrechtliche Status der übrigen Staatenvertreter einschließlich der in Art. 21 KSM genannten hochrangigen Personen	164
1. Die Rechtsprechung des IGH sowie ausgewählte Entscheidungen nationaler Gerichte.....	164
a) Die Entscheidungen des IGH	165
b) Die Entscheidungen nationaler Gerichte.....	167
aa) Die Entscheidungen in Sachen Tabatabai.....	167
(1) Die Auffassungen der mit der Sache befassten Gerichte...	167
(2) Der Inhalt der im Urteil des BGH wiedergegebenen Noten	169
(3) Gemeinsame Analyse	170
bb) United States v. Sissoko	172
cc) Fenton Textile Association v. Krassin	172
c) Zwischenergebnis.....	174
2. Die Auffassungen im Schrifttum	174
a) Dezidierte Aussagen zum Status hochrangiger Staatenvertreter....	174
b) Die besonders dem Schutz der Staatenvertreter gewidmeten Untersuchungen.....	175
aa) Die Untersuchungen von Eagleton und Waters.....	175
bb) Die Untersuchungen von Przetacznik	177
cc) Die Untersuchung von Murphy	178
c) Stellungnahmen und Untersuchungen zum völkerrechtlichen Status der Sondermissionen und -gesandten sowie zur „völkergewohnheitsrechtlichen Geltung“ der Konvention über Spezialmissionen.....	178
aa) Stellungnahmen zur Frage der „völkergewohnheitsrechtlichen Geltung“ der Konvention über Spezialmissionen	179
bb) Sonstige Stellungnahmen zum völkerrechtlichen Status von Staatenvertretern.....	181
d) Zwischenergebnis.....	183
3. Die Entstehungsgeschichte der einschlägigen völkerrechtlichen Konventionen.....	183
a) Die Konvention über Spezialmissionen	183
aa) Die Entstehung der Vorschriften der Art. 25 Abs. 2, 29 KSM ..	183
bb) Die Frage des Begriffs der Spezialmissionen.....	185
cc) Die Frage einer Sonderstellung besonders hochrangiger Personen (Art. 21 KSM).....	189
dd) Die allgemeinen Feststellungen Bartoś' zum Stand des Völker gewohnheitsrechts und die allgemeine Rezeption der Konvention	190

ee) Zwischenergebnis	191
b) Die Diplomatenschutzkonvention	191
4. Vorentwürfe zu Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD am Beispiel des Entwurfs der Harvard Law School	192
III. Ergebnis	192
D. Zusammenfassende Analyse	193
I. Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister	193
II. Die übrigen Staatenvertreter einschließlich der übrigen in Art. 21 KSM genannten Personen	194
1. Staatenvertreter mit diplomatischen Aufgaben	194
2. Staatenvertreter mit nichtdiplomatischen Aufgaben	196
E. Ergebnis	197
§ 3 Allgemeine Rechtsgrundsätze	199
A. Die Rechtslage auf Grund des Gefahrenabwehrrechts des Bundes und der Länder und die auf den Schutz der Staatenvertreter bezogenen Vorschriften des Auslandes	200
B. Bewertung der vorgefundenen Rechtsnormen	201
C. Ergebnis	201
§ 4 Zusammenfassung	203

Dritter Teil

Der Inhalt der den Art. 22 Abs. 2, 29 Satz 3 WÜD entsprechenden völkerrechtlichen Schutzpflichten	205
--	------------

§ 1 Der Inhalt des Würdeschutzes	207
A. Auslegung auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck	208
B. Die Praxis des Würdeschutzes in den zwischenstaatlichen Beziehungen	210
I. Die Berichterstattung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen	210
II. Die Praxis der Bundesrepublik	212
III. Die Praxis ausländischer Staaten	213
1. Die Praxis des Auslands an Hand gesetzlicher Vorschriften	213
2. Weitere Einzelfälle	213
3. Zwischenergebnis	214

IV. Zwischenergebnis	214
C. Rechtsprechung und Schrifttum	215
I. Die Behandlung des Würdeschutzes in der Rechtsprechung	215
1. Rechtsprechung in der Bundesrepublik	215
a) Die Entscheidungen in den Transparentfällen.....	215
aa) Die Sicherstellung von Transparenten in Bonn – Bad Godesberg	215
bb) Die Sicherstellung von Transparenten in München	216
cc) Gemeinsame Analyse	217
b) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	217
2. Rechtsprechung im Ausland	218
3. Entscheidungen des EGMR und des UN-Menschenrechtsausschusses	219
a) Rechtsprechung des EGMR	219
b) Entscheidungen des UN-Menschenrechtsausschusses.....	221
4. Zusammenfassung	223
II. Schrifttum	223
III. Zusammenfassung	227
D. Entstehungsgeschichte und Systematik der einschlägigen Konventionen	227
E. Eigene Stellungnahme	229
F. Ergebnis	231
§ 2 Die Verpflichtung zu besonderen Schutzmaßnahmen	233
A. Auslegung auf Grundlage von Wortlaut, Normzusammenhang und Normzweck	233
B. Die Staatenpraxis	234
I. Innerstaatliche Vorschriften zum Schutz von Missionen und Staatenvertretern	234
II. Amtliche Informationen	235
1. Die Protocol Guidelines des australischen Außenministeriums	235
2. Die Analyse Minnaars.....	236
3. Zusammenfassung	237
III. Unterschiede in der praktischen Handhabung im Einzelfall: Die Besuche von George W. Bush in Mainz und Bratislava am 23.02.2005	237
IV. Zusammenfassung	238
C. Rechtsprechung und Schrifttum	238
I. Rechtsprechung	238

II. Schrifttum	239
D. Die Entstehungsgeschichte der einschlägigen Konventionen	242
E. Analyse	244
I. Die Frage des Ermessensspielraums	244
1. Die Frage des Entschließungsermessens	245
2. Die Frage des Wegfalls des Auswahlermessens	246
3. Zwischenergebnis	247
II. Die Verpflichtung zur Abwehr sämtlicher, auch nur abstrakter Gefahren ..	247
III. Die Frage der Verpflichtung zur Ergreifung aller geeigneten Maßnahmen unter Ausschluss von Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten bzw. einer Abwägung mit anderweitigen Rechtsgütern	248
IV. Zusammenfassung	249
§ 3 Ergebnis	251
Thesen	253
Literaturverzeichnis	255
Verzeichnis der zitierten völkerrechtlichen Verträge bzw. Konventionen	265